**Rechte Gewalt im Kontext ÖPNV aus Sicht der Gewaltopferberatung der Opferperspektive**

In den letzten Jahren hat die Gewaltopferberatung der Opferperspektive wiederholt in Fällen beraten, die sich im ÖPNV abgespielt haben. In den letzten fünf Jahren waren das 29 Fälle (von insgesamt ca. 1000 durch die Opferperspektive registrierten). In der Regel handelte es sich dabei um rassistische Angriffe. Es kam aber auch in mindestens einem Fall zu einem Angriff auf Personal, weil dieses die Einhaltung geltender Regeln gegenüber Rechtsradikalen anmahnte. Die meisten Taten ereigneten sich in den großen Städten, Potsdam, Brandenburg/Havel, Cottbus, Frankfurt/Oder sowie in der Uckermark.

Diese Fälle ereigneten sich sowohl im überregionalen Verkehr (Regionalbahnen oder Regionalexpresszüge) als auch innerorts in Bussen oder Straßenbahnen. Dabei sind die Täter\*innen zumeist andere Fahrgäste. Weitaus häufiger als Angriffe in Bussen oder Bahnen ereigneten sich Angriffe an Haltestellen oder Bahnhöfen (73 Fälle in den letzten fünf Jahren). Diese gehören nach dem allgemeinen öffentlichen Raum und dem Wohnumfeld zu den häufigsten Tatorten rechter Gewalt in Brandenburg. Insbesondere Jugendliche, die sich auf dem Weg von oder zur Schule bzw. Ausbildungsstätte befinden, wurden hier angegriffen.

Häufig begann auch ein Angriffsgeschehen außerhalb von Verkehrsmitteln des ÖPNV und endete dann in Bus oder Bahn, bzw. umgekehrt. Z.B. geschah es immer wieder, dass Auseinandersetzungen in Verkehrsmitteln begannen und dann nach dem Aussteigen von Täter\*innen und Opfern gewaltsam eskalierten. In einigen Fällen versuchten auch angegriffene Personen sich in Bussen oder Bahnen in Sicherheit zu bringen und wurden dorthin verfolgt und weiter angegriffen.

Aus der Beratungspraxis sind uns sehr wenige Beispiele von Solidarisierung anderer Fahrgäste mit angegriffenen Personen bekannt (was nicht heißen muss, dass es diese nicht gibt, wenn z.B. ein Angriffsgeschehen durch Einschreiten anderer Fahrgäste unterbunden wird, kommt es wahrscheinlich nicht zu Strafanzeigen und wir erfahren nichts von dem Fall). Auch ein Einschreiten von Bus- und Bahnpersonal wird uns selten berichtet, häufig scheinen die Angegriffenen dieses auch nicht als möglichen Adressat von Bitten um Unterstützung wahrzunehmen. In einigen wenigen Fällen wissen wir von verweigerter Unterstützung angegriffener Personen durch Bus- und Bahnpersonal. 2015 intervenierte die Opferperspektive bei den Cottbusser Verkehrsbetrieben in einem Fall, bei dem hilfesuchende angegriffene Personen an der Bushaltestelle stehen gelassen worden waren. Dies hatte betriebsinterne Bildungsmaßnahmen zur Folge.

Aus Sicht der Betroffenen wäre es wichtig, dass vermehrt sowohl andere Fahrgäste in Fällen drohender oder stattfindender Gewalttaten eingreifen, als auch dass Bus- oder Bahnpersonal verlässlich ansprechbar sind.